



Webels Woche

Ausgabe 50 / 27.10.2017

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

in den letzten Tagen haben wir eine intensive Debatte über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erlebt. So wurde auf der Konferenz der Ministerpräsidenten die künftige Struktur und Finanzierung der von den Bürgern zwangsweise finanzierten Sendeanstalten thematisiert. Dabei sind deutliche Differenzen zwischen den Ländern deutlich geworden. Ebenso deutliche politische Unterschiede sind bei der Landtagsdebatte am Donnerstag zu Tage getreten. Umso wichtiger ist es, in der Debatte die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Wir als Union wollen keine Phantomdiskussionen führen, sondern die berechtigten Fragen vieler Bürgerinnen und Bürger aufgreifen.

Dazu gehört für mich ausdrücklich, dass die Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht in Stein gemeißelt sein dürfen. Ein kritischer Blick ist nicht nur angesichts des immer breiter werdenden öffentlich-rechtlichen Senderangebots hinter den Flaggschiffen ARD und ZDF berechtigt. Auch die zunehmende Konkurrenz zu Zeitungsangeboten und privaten Medienangeboten gibt Anlass zur Sorge. Wer diese Sorgen aufgreift, begeht keineswegs einen „Anschlag auf die Demokratie“ oder legt die „Axt an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“, wie es von der Linkspartei behauptet wird. Vielmehr geht es um die Sicherung von Meinungspluralismus und damit letztlich um eine Stärkung unserer Demokratie. Fakt ist, dass selbst die Sender einräumen, in den jetzigen Strukturen in Zukunft deutlich mehr Geld zu benötigen. Auch die von den Senderchefs vorgeschlagenen Reformschritte würden das angekündigte Defizit lediglich mindern. Wir reden dabei nicht von einigen Millionen, sondern von mindestens 2,2 Milliarden Euro. Völlig zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass es bisher von den Senderchefs keine ernsthaften Bemühungen über den Abbau von Doppelstrukturen oder mögliche Einsparungen durch Kooperationen gegeben hat. Doch ohne Strukturreformen müsste der Rundfunkbeitrag für alle Haushalte deutlich erhöht werden. Auf diesen Zusammenhang müssen wir klar hinweisen: Wer die Diskussion über Einsparpotenziale verweigert, nimmt steigende Beiträge in Kauf. Und genau das gilt es zu verhindern.

Wir als Union stehen dafür, dass auch in den nächsten Jahren der Rundfunkbeitrag stabil bleibt.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen belastbare Vorschläge auf den Tisch. Denkverbote führen nicht weiter. Die Haltung, dass immer mehr Geld in 's System gehört, ist aus meiner Sicht jedenfalls in der breiten Bevölkerung nicht mehr vermittelbar.

In den anstehenden Reformdebatten muss mit Sicherheit auch ein kritischer Blick auf die Versorgung und die Bezüge der führenden Köpfe in den Sendeanstalten geworfen werden. Ich wundere mich schon, dass viele Journalisten über die üppigen Versorgungsbezüge vieler Intendanten, Direktoren und leitenden Redakteure kaum ein Wort verlieren. Beim Blick auf die Gehälter und Rentenzusagen der Senderchefs, die weit über den Bezügen der Bundeskanzlerin liegen, drängt sich der Eindruck einer Art Selbstbedienungsmentalität auf. Mit dem eigentlichen Auftrag, ein gutes öffentlich-rechtliches Informationsangebot zu sichern, haben diese Versorgungszusagen jedenfalls nichts mehr zu tun. Ich bin überzeugt: Wenn immer weniger Geld der Beitragszahler für das eigentliche Rundfunkangebot und damit auch für die Journalisten, die dieses Angebot produzieren, zur Verfügung steht und stattdessen immer höhere Versorgungslasten bezahlt werden müssen, verliert der öffentlich-rechtliche Rundfunk an Zustimmung. Um einen leistungsstarken öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sichern, muss die Reformdebatte weitergehen. Für mich ist wichtig, dass über Einsparpotenziale im Senderangebot ohne ideologische Scheuklappen diskutiert wird. Die Öffentlich-Rechtlichen sollten sich stärker auf ihren eigentlichen Auftrag und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger konzentrieren. Viele Fernsehzuschauer wünschen sich beispielsweise eine Stärkung der regionalen Berichterstattung. Und anstatt Beitragsgelder in einem Wettbieten um Übertragungsrechte für Fußball zu verpulvern, könnten die Sender dem Regionalsport viel breiteren Raum geben. Die DFB-Elf hat jedenfalls ihre WM-Qualifikation auch sehr gut absolviert, als RTL die Rechte übernommen hat. Den Fußballern und auch den Zuschauern dürfte am Ende egal sein, wer solche Spiele überträgt, solange sie frei empfangbar sind.

Ihr

Thomas Webel
Landesvorsitzender